

Stiftung Zukunft für Schweizer Fahrende
Fondation « Assurer l'avenir des gens du voyage suisses »
Fondazione « Un futuro per i nomadi svizzeri »

Jahresbericht 2006
Rapport annuel
Rapporto di gestione

Jahresbericht 2006	3
Rapport annuel 2006	17
Rapporto di gestione 2006	32

Jahresbericht 2006

ORGANE DER STIFTUNG

STIFTUNGSRAT:

Präsident:

Werner Niederer*	<i>a. Regierungsrat des Kantons Appenzell-Ausserrhoden</i>	Herisau
------------------	--	---------

Mitglieder des Stiftungsrates:

May Bittel*	<i>Zigeunermision</i>	Versoix
Claudio Candinas	<i>Justiz-, Polizei- und Sanitätsdepartement des Kantons Graubünden</i>	Chur
Dr. phil. Paul Fink*	<i>Bundesamt für Kultur</i>	Bern
Robert Huber*	<i>Radgenossenschaft der Landstrasse</i>	Zürich
Daniel Huber	<i>Radgenossenschaft der Landstrasse</i>	Balsthal
Sigisbert Lutz	<i>Schweizerischer Gemeindeverband</i>	Herrenschwanden
Dr. iur. Markus Metz (bis 31.12.2006)	<i>Schweizerischer Gemeindeverband</i>	Binningen
Johann Moser	<i>Radgenossenschaft der Landstrasse</i>	Geuensee
Dr. iur. Guido Sutter (bis 31.08.2006)	<i>Staatssekretariat für Wirtschaft</i>	Bern
Martin Vinzens (ab 1.09.2006)	<i>Bundesamt für Raumentwicklung</i>	Bern
Patrick Vogt (bis 31.12.2006)	<i>Zigeunermision</i>	Lausanne

*) Mitglieder des Ausschusses

Kontrollstelle:

Eidgenössische Finanzkontrolle, Bern

Geschäftsstelle:

Dr. iur. Urs Glaus, Rechtsanwalt, Oberer Graben 44, Postfach, 9001 St. Gallen
 Tel. 071 222 10 20
 Fax 071 222 10 55
 E-Mail info@gj-anwaelte.ch
 Internet-Zugang: www.stiftung-fahrende.ch

VORWORT DES PRÄSIDENTEN

Am 1. Mai 1997 wurde die Stiftung "Zukunft für Schweizer Fahrende" öffentlich beurkundet, die Stiftung also im Rechtssinne gegründet. Mit dem vorliegenden Geschäftsbericht ist, wenn man das erste Geschäftsjahr leicht aufrundet, das zehnte Geschäftsjahr der Stiftung abgeschlossen. Die Tätigkeit von zehn Jahren ist Anlass zum Rückblick und zur Standortbestimmung.

Den Anstoss zur Gründung der Stiftung "Zukunft für Schweizer Fahrende" gab eine parlamentarische Initiative der nationalrätlichen Kommission für soziale Sicherheit vom 28. August 1991. Diese Initiative wiederum entstand aus der jahrelangen Beschäftigung mit dem Themenkreis "Kinder der Landstrasse", womit die unheilvolle und Jahrzehnte dauernde Wegnahme von Kindern von Fahrenden durch Vertreter von Behörden und der Stiftung Pro Juventute gemeint ist. Zwei vom Bund eingesetzte Fondskommissionen haben zwischen 1988 und 1993 Fahrende für das ihnen zugefügte Unrecht entschädigt, wobei der Symbolwert dieser Entschädigungen mehr ins Gewicht fiel als die Entschädigung selber.

Das Parlament beabsichtigte von Anfang an, der Stiftung nicht etwa die Vergangenheitsbewältigung zu übertragen. Die Stiftung sollte vielmehr die "Gegenwarts- und Zukunftsprobleme der Fahrenden anpacken", wie im Bericht der Kommission für soziale Sicherheit vom 28. August 1991 zu lesen ist. Der Bundesrat begrüsst in seiner Stellungnahme zur parlamentarischen Initiative die Schaffung der Stiftung ausdrücklich. Die Ausgestaltung der Stiftung im Einzelnen wurde dann in den parlamentarischen Beratungen angepasst. Die tragende Idee und der Zweck der Stiftung blieben von Anfang an die selben, nämlich die Schaffung eines verwaltungsunabhängigen Organs, welches sich aus Vertretern aller Staatsebenen auf der einen und aus Angehörigen der fahrenden Minderheit auf der anderen Seite zusammensetzen und dessen Hauptaufgabe die Koordination der Bemühungen zu Gunsten der Fahrenden sein sollte. So ist auch der Zweck in der Stiftungsurkunde vom 1. Mai 1997 formuliert. Die Stiftung wurde damals mit einem Kapital von einer Million Franken ausgestattet, der jährliche Betriebsbeitrag hat von 1997 bis heute unverändert 150'000 Franken pro Jahr ausgemacht.

Gemessen an den der Stiftung zur Verfügung stehenden Mitteln darf man heute sicher feststellen, dass die Stiftung den Auftrag umgesetzt hat, wenn auch das Ziel bis heute nicht erreicht ist, dass den Fahrenden eine ausreichende Anzahl von Stand- und Durchgangsplätzen zur Verfügung steht.

Dieses Ziel liegt noch in weiter Ferne, wenn man die Anzahl Plätze zur Zeit der Gründung mit derjenigen von heute vergleicht. Dennoch hat die Stiftung eine Diskussion in Gang gebracht, welche in einzelnen Kantonen und an einzelnen wichtigen Stellen ein Umdenken bewirkt haben. Ein besonderer Erfolg ist das im Kanton St. Gallen unter der Leitung des Baudepartements entwickelte Konzept zur Schaffung von sechs Durchgangsplätzen auf dem Gebiet des Kantons. Dieses Konzept ist eine direkte Folge von Gesprächen mit den politisch Verantwortlichen und stützt sich auf das im Auftrag der Stiftung ausgearbeitete Gutachten der Herren Eigenmann und Eugster ab. Das Konzept wird im Anhang 1 näher beschrieben. Auch in mehreren anderen Kantonen lässt sich ein Umdenken und ein Bemühen feststellen, Plätze für Fahrende zu schaffen.

Die Stiftung steht seit 1998 in Kontakt mit dem Eidgenössischen Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS). Ursprünglich war mit diesen Gesprächen beabsichtigt, das VBS dazu zu bewegen, Armeegelände, welche zeitweise nicht für die Ausbildung benötigt werden, Fahrenden als Durchgangsplätze zur Verfügung zu stellen. Bisher war diesen Gesprächen insgesamt nur geringen Erfolg beschieden. Dies könnte sich jetzt ändern, da das VBS im Zuge der Armereform XXI den Verkauf von zahlreichen Grundstücken vorbereitet, welche für Ausbildungszwecke nicht mehr nötig sind. Es gibt in allen Kantonen solche Grundstücke. Es besteht also begründete Aussicht, dass die Kantone auf solchen Geländen Plätze für Fahrende realisieren können. Der Vorschlag wurde vom Bundesrat in seinem Bericht an das Parlament (vgl. nachstehend unter II.1) aufgenommen, und in zwei ständigen Kommissionen des Nationalrates wird die Umsetzung dieses Vorschlags aufmerksam verfolgt.

Der Stiftungsrat hat sich von Anfang an im Gespräch und in der Argumentation um Sachlichkeit bemüht. Unter diesem Gesichtspunkt lässt sich sowohl das interne Verhältnis im Stiftungsrat wie sein Engagement zu Gunsten der Fahrenden nach aussen beleuchten. Es ist verständlich, dass am Anfang der Zusammenarbeit das Verhältnis zwischen Fahrenden und sesshaften Mitgliedern im Stiftungsrat von Spannungen beherrscht war. Die immer sachliche Diskussion und ein zunehmendes gegenseitiges Vertrauen haben den Stiftungsrat zu einem funktionierendem Gremium gemacht. In diesem Geist wurde auch das Gutachten an die Raumplaner Eigenmann und Eugster in Auftrag gegeben: Das Gutachten sollte unpräzise verlässliche Angaben zu den räumlichen Bedürfnissen der Fahrenden und zu den Anforderungen an Stand- und Durchgangsplätzen vermitteln und damit die politische Diskussion auf eine von Fakten getragene Diskussion stellen. Aus meiner persönlichen Sicht hat dieses Bemühen der Stiftung um eine fundierte Argumentation zu politischen Erfolgen geführt, ohne welche Plätze für Fahrende gar nicht erst geschaffen werden können. Im Frühling 2003 stellte das Bundesgericht in einem für die raumplanerischen Bedürfnisse der Fahrenden wichtigen Entscheid (BGE 129 II 312 ff.) auf die Erhebungen des Gutachtens ab.

Nur kurze Zeit darauf, in der Sommersession 2003, nahm die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates die Anliegen der Stiftung auf und ersuchte über ein Kommissionspostulat den Bundesrat um einen Bericht über die aktuelle Situation der Fahrenden. Sein Bericht vom Oktober 2006 beruht weitgehend auf Tatsachenmaterial, welches von der Stiftung erarbeitet wurde. Der Vorschlag des Bundesrates, Grundstücke des VBS zur Schaffung von Plätzen für Fahrende zur Verfügung zu stellen, hat im Parlament und in den Kantonen eine günstige Aufnahme gefunden. Anfangs 2007 hatte die Stiftung wieder Gelegenheit, in einem Hearing der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrates die Anliegen der Fahrenden vorzubringen und mögliche Lösungen darzulegen.

Aus der Sicht der Fahrenden dauert der politische Prozess zu lange, bis Erfolge vorliegen und Plätze geschaffen werden. Dafür hat der Stiftungsrat Verständnis, denn die Fahrenden erleben den Platzmangel als einschneidende Beschränkung ihrer Kultur.

Die Stiftung hat immerhin Erfolge zu Gunsten der Fahrenden erzielt. Im Vordergrund steht der politische Erfolg, dass die Anliegen der Fahrenden gehört und ernst genommen werden. Ohne diese Grundlage lassen sich messbare Erfolge nicht erzielen, denn erst wenn ein ausreichender politischer Wille geschaffen ist, sind die politisch Verantwortlichen in den Kantonen und Gemeinden bereit, den Fahrenden im eigentlichen und übertragenen Sinn Raum für ihre Kultur zu gewähren. Wenn dieses Verständnis und diese Öffnung seitens der politisch Verantwortlichen sich vertieft, dann sind die Randbedingungen für die Einrichtung von Plätzen geschaffen, damit die Fahrenden ihre Kultur leben können. Auch wenn noch viel zu tun bleibt, die ersten Schritte sind gemacht und die ersten guten Beispiele gegeben.

1. TÄTIGKEIT

1.1. Situation der Fahrenden in der Schweiz

Am 18. Oktober 2006 hat der Bundesrat den Bericht an das Parlament zur "Situation der Fahrenden in der Schweiz" (www.bak.admin.ch -> Themen -> Sprachen und kulturelle Minderheiten -> Fahrende: in der Rubrik "weitere Informationen") veröffentlicht. Er stellt fest, dass die in- und ausländischen Fahrenden in der Schweiz diskriminiert werden. Trotz der verfassungs- und völkerrechtlichen Pflicht, diese anhaltenden Diskriminierungen zu beseitigen, hat sich die Situation der Fahrenden im Laufe der letzten Jahre im Bereich Wohnen sogar verschlechtert.

Der Bericht des Bundesrates hat die Situation richtig und umfassend analysiert. Die Massnahmen sind indessen weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Der Bundesrat hat keine Vorschläge mit Kostenfolgen unterbreitet. Er hat einerseits das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr und Kommunikation damit beauftragt, den Anliegen der Fahrenden bei der Genehmigung der kantonalen Richtpläne angemessene Rechnung zu tragen. Andererseits hat er das VBS beauftragt, die Anliegen der Fahrenden im Rahmen der Liquidation von Grundstücken des VBS zu berücksichtigen (Bundesratsbeschluss vom 18. Oktober 2006). Bei dieser Massnahme sind die Fahrenden sehr stark auf den Goodwill der Kantone und Gemeinden angewiesen. Es wird deshalb dringend notwendig sein, dass die Stiftung im Rahmen der Richtplanung bei den Kantonen beharrlich die Einrichtung von Stand- und Durchgangsplätzen fordert und den Verkaufsprozess der Grundstücke des VBS aufmerksam und kritisch verfolgt.

Die Stiftung hätte sich gewünscht, dass der Bundesrat weitergehende Massnahmen vorgeschlagen hätte: Änderung des Raumplanungsrechts des Bundes und Einführung einer Verpflichtung von Kantonen und Gemeinden, die Richt- und Zonenplanung so auszugestalten, dass Stand- und Durchgangsplätze eingerichtet werden müssen. Ferner hatte die Stiftung vorgeschlagen, dass der Bund die Einrichtung von Plätzen durch Beiträge hätte fördern oder der Stiftung höhere Beiträge hätte ausrichten können, damit diese Beiträge an Investitionskosten und allenfalls und in Einzelfällen an ungedeckte Betriebskosten hätte ausrichten können. Weiter befasste sich der Bundesrat nicht mit der Anregung, ein Bundesgesetz für die Förderung des fahrenden Volkes zu schaffen. Die Stiftung hat sodann auf eine weitere Diskriminierung aufmerksam gemacht, die bedauerlicherweise ebenso wenig beseitigt wird: Der Bund fördert heute zwar den Bau und den Erwerb günstigen Wohnraums für Haushalte mit gerin-

gem Einkommen, beschränkt die Förderung aber auf die Wohnformen der sesshaften Bevölkerung. Die Fahrenden im Bereich der Wohnbauförderung nicht mit den Sesshaften gleichzustellen, lässt sich sachlich kaum begründen.

Die Stiftung erwartet nun vom VBS, dass es den Beschluss des Bundesrates ernsthaft und konsequent umsetzt und vom Grundsatz abweicht, die Grundstücke zum bestmöglichen Preis zu verkaufen. Wenn der Preis ausschlaggebend wäre, würde auch diese vorgeschlagene Massnahme kaum mehr als eine Alibifunktion erfüllen.

1.2 Politische Arbeit

Der Bericht des Bundesrates ist mittlerweile von der **Kommission Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrats** behandelt worden. Eine Delegation der Stiftung konnte den Nationalrätinnen und Nationalräten ihre Sicht vortragen, vor allem den Wunsch, dass der Verkauf der Grundstücke des VBS und die Schaffung von Plätzen für die Fahrenden genau beobachtet werde.

Der Stiftungsrat hat das per 2005 auf den aktuellen Stand gebrachte **Gutachten** des Planungsbüros Eigenmann, St. Gallen, zum Thema "**Fahrende und Raumplanung**" als Standbericht 05 veröffentlicht. Im Vergleich zum Stand Sommer 2000 im Gutachten 2001 waren in den fünf Jahren bis 2005 neun Durchgangsplätze geschlossen und nur zwei Durchgangsplätze und ein Standplatz neu geschaffen worden.

Die Stiftung hat anlässlich der Publikation des Standberichtes 2005 eine Pressekonferenz durchgeführt und an die verantwortlichen Politiker des Bundes, der Kantone und Gemeinden appelliert, die Platznot der Fahrenden ernst zu nehmen und zu beheben.

Mitte März 2006 veröffentlichte der Bundesrat seine Botschaft über einen **Rahmenkredit an die Stiftung** für die Jahre 2007 bis 2011. Der Bundesrat hat die unveränderte Weiterführung der Finanzierung der Stiftung vorgeschlagen. In den Kommissionen des Parlaments fand der Vorschlag einer Verdoppelung des jährlichen Betriebsbeitrags von 150'000 auf 300'000 Franken Sympathie, aber keine Mehrheit. Eine Delegation der Stiftung hatte von der Kommission Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerates Gelegenheit erhalten, die Argumente für eine Erhöhung des Beitrages und die Anliegen der Stiftung zu Gunsten der Fahrenden darzulegen. Die Tätigkeit der Stiftung hat denn im Parlament auch breite Anerkennung gefunden.

1.3 Direkte Bemühungen um Plätze

Die Stiftung hat sich seit mehreren Jahren immer wieder für die Lösung eines Einzelfalles im Kanton Aargau stark gemacht. Im Sommer 2006 musste die komplizierte Situation - eine Grossfamilie von Fahrenden sollte einen Platz verlassen, ohne dass eine Alternative zur Verfügung stand - innert weniger Wochen gelöst werden. Es fanden Besprechungen mit dem Gemeinderat und mit Vertretern des Kantons statt. Mitte August führte schliesslich eine Besprechung unter der Leitung des zuständigen Regierungsrats zu einer Lösung. Über die Lösung des Einzelfalles hinaus hat der Kanton Aargau den Bedarf an Stand- und Durchgangsplätzen erkannt und die Absicht erklärt, neue Plätze im Rahmen der Veräusserung von Grundstücken des VBS zu schaffen. Der Kanton Aargau hat mittlerweile eine Fachstelle "Fahrende" eingerichtet.

Vertreter der Stiftung sind bei der Umsetzung des Konzepts des Kantons St. Gallen engagiert. Ein Fahrender wird bei allen Besichtigungen von in Frage kommenden Plätzen zur Beurteilung beigezogen.

Ein Mitglied des Stiftungsrates hat in Gremien mehrerer französischsprachiger Kantone mitgewirkt, in welchen die Einrichtung von Plätzen studiert wird.

1.4 Öffentlichkeitsarbeit

Anlässlich der Publikation des Gutachtens Eigenmann, Standbericht 2005, führte die Stiftung am 7. Juni 2006 eine Pressekonferenz in Zürich durch. Der Mangel an Durchgangsplätzen war im Jahre 2006 in den Medien ein häufig behandeltes Thema. Die Mitteilung der Stiftung hat denn auch ein erhebliches Interesse gefunden.

Nach der Publikation des Berichts des Bundesrates über die Situation der Fahrenden im Oktober 2006 führte die Stiftung zusammen mit der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus (EKR) am 2. November 2006 eine gemeinsame Medienkonferenz durch. Die EKR und die Stiftung haben übereinstimmend die genaue Analyse der Situation im Bericht des Bundesrates anerkannt, jedoch kritisiert, dass der Bundesrat es bei der Feststellung bewenden liess, dass die Fahrenden diskriminiert würden, ohne ausreichende Vorschläge zu unterbreiten, welche die Situation der Fahrenden substantiell verbessern könnten.

1.5. Zusammenarbeit mit wichtigen Partnern der Stiftung

Die Stiftung arbeitet zunächst mit den **Organisationen der Fahrenden** zusammen, in erster Linie mit ihrer Dachorganisation, der **Radgenossenschaft der Landstrasse**. Mit der Radgenossenschaft hat sich eine vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit entwickelt. In den letzten Jahren wurde auch die Radgenossenschaft von Kürzungen der Beiträge des Bundes nicht verschont, was zu finanziellen Engpässen führte. Die Stiftung hat die Radgenossenschaft intensiv bei ihren Bemühungen um eine Sonderfinanzierung unterstützt. Zudem hat sie das Honorar für einen Treuhänder finanziert, der Einsparungsmöglichkeiten prüfte.

Ein weiterer wichtiger Partner der Stiftung ist das **Bundesamt für Kultur**, in welchem das Dossier Fahrende betreut wird.

Die **Eidgenössische Kommission gegen Rassismus** verfolgt in einem Bereich ähnliche Ziele wie die Stiftung. Die Stiftung arbeitet seit ihrer Gründung mit der EKR lose zusammen. Im Jahre 2006 wurde die Zusammenarbeit verstärkt.

Mit dem Vorschlag des Bundesrates, dass auf geeigneten Grundstücken des VBS Plätze für Fahrende geschaffen werden sollen, hat der Bundesrat das **Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport** zu einem besonders wichtigen Gesprächspartner gemacht. Die Stiftung hat den Kontakt zunächst zum Liegenschaftendienst im Departementssekretariat und später zur armasuisse seit vielen Jahren aufgebaut. Anfangs November 2006 wurde der Präsident der Stiftung zusammen mit Regierungsrat Willi Haag, Präsident der Planungs-, Bau- und Umweltdirektorenkonferenz, St. Gallen, zu einem Gespräch von Herrn Bundesrat Samuel Schmid empfangen. Sie konnten darlegen, wie ihrer Meinung nach Plätze auf die Kantone zu übertragen sind, damit Aussicht auf Realisierung von Plätzen für Fahrende besteht. In einer Arbeitsgruppe bestehend aus dem Bundesamt für Kultur, der armasuisse, dem Bundesamt für Raumentwicklung und der Stiftung für Fahrende werden auf der Grundlage der laufenden Arbeiten zum Verkauf von frei werdenden Militärarealen Wege und Möglichkeiten für die Errichtung von neuen Stand- und Durchgangsplätzen ausgelotet.

2. STIFTUNGSRAT

Im Jahre 2006 ist der Stiftungsrat zu sechs Sitzungen zusammengekommen. Die Mitglieder des Stiftungsrates haben in Ausschüssen und Arbeitsgruppen die Projekte der Stiftung ausgearbeitet. Nebst den im vorausgehenden Tätigkeitsbericht bereits erwähnten Aufgaben hat der Stiftungsrat ein Konzept für die Öffentlichkeitsarbeit ausarbeiten lassen, welches demnächst vorliegen wird. Dessen Umsetzung beginnt, nach Prioritäten gestaffelt, im Jahre 2007.

Drei Mitglieder sind 2006 aus dem Stiftungsrat ausgeschieden. Herr Dr. iur. Guido Sutter, Seco, Bern, Vertreter des Bundes, ist auf Ende August 2006 zurückgetreten. Sein Nachfolger ist Herr Martin Vinzens, Bundesamt für Raumentwicklung, Bern. Auf Ende Dezember 2006 trat Herr Dr. iur. Markus Metz, Binningen BL, zurück. Sein Nachfolger ist Herr Dr. iur. Max Gisler, Steinhausen/ZG. Ebenfalls auf Ende 2006 trat Herr Patrick Vogt, Zigeunermission, Lausanne, zurück; sein Nachfolger wird demnächst bestimmt.

3. STIFTUNGSAUFSICHT UND EIDGENÖSSISCHE FINANZKONTROLLE

Die Finanzen der Stiftung sind von der Eidgenössischen Finanzkontrolle als Revisionsstelle der Stiftung geprüft worden. Am 5. März 2007 hat sie dem Stiftungsrat mitgeteilt, dass die Rechnung und Buchhaltung den gesetzlichen Vorschriften entsprechen und sie dem Eidgenössischen Departement des Innern, welches die Aufsicht über die Stiftung ausübt, die Genehmigung der Jahresrechnung beantrage.

4. JAHRESRECHNUNG UND BILANZ 2006

Erfolgsrechnung 2006

Bezeichnung	Aufwand CHF	Ertrag CHF
Beiträge Bund		154'000.00
Zinsertrag und realisierte Kursgewinne		49'542.00
neutrale Rechnung		11'614.00
Beiträge	27'058.55	
Übersetzungen	6'352.60	
Gutachten „Fahrende und Raumplanung“	42'944.35	
Honorare	80'412.30	
Sitzungsgelder und Spesen	32'544.00	
AHV-Beiträge	1'999.45	
Courtage/Umsatzabgabe etc.	2'875.00	
Jahresbericht	6'352.60	
Revisionsstelle	4'395.05	
Buchhaltungsstelle	5'346.15	
Information Öffentlichkeit	956.85	
Verwaltungsaufwand	4'015.35	
Erfolg	6'220.35	
	215'156.00	215'156.00

Bilanz 2006

Bezeichnung	Aktiven CHF	Passiven CHF
Umlaufvermögen	466'402.85	
Wertschriften	466'405.95	
Kurzfristiges Fremdkapital		7'400.00
Kursschwankungsreserve		45'500.00
Rückstellungen		75'000.00
Stiftungskapital		804'908.80
	932'808.80	932'808.80

Anhang 1

Konzept Durchgangsplätze für Fahrende des Kantons St. Gallen

Stand Ende März 2007

Nicolas Perrez, Baudepartement des Kantons St. Gallen

Verabschiedung Konzept Durchgangsplätze

Im Mai 2006 verabschiedete die Regierung des Kantons St.Gallen das Konzept Durchgangsplätze für Fahrende mit einer Medienkonferenz, die ein gutes Echo in den Medien fand. Das Konzept legt den Bedarf von sechs Durchgangsplätzen im ganzen Kanton fest. Es definiert die Standortanforderungen und regelt die Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden für die Realisierung und den Betrieb der Plätze.

Planungsgruppe

Die Konzeptumsetzung wird von einer Planungsgruppe im Baudepartement unter Federführung des kantonalen Amtes für Raumentwicklung begleitet. Von Seiten der Radgenossenschaft ist Bruno Huber in der Planungsgruppe vertreten. Sobald ein Standort feststeht, wird die Realisierung mit einem kooperativen Planungsprozess, unter Einbezug der Anwohner und einer offenen Information der Bevölkerung angestrebt.

Standortsuche

In den Regionen St.Gallen und Wil wurden mit den Regionalplanungsgruppe geeignete Standorte evaluiert, zu denen auch die betreffenden Gemeinderäte ihre grundsätzliche Zustimmung erteilt haben. Wenn im Verlaufe des weiteren Planungsprozesses keine grösseren Widerstände auftauchen, sollten die Plätze bis Ende 2008 realisiert werden können.

Das VBS ist bereit, dem Kanton ein gut geeignetes Grundstück in der Region Rorschach zu verkaufen. Die definitive Zustimmung der betreffenden Gemeinde ist aber noch ausstehend.

In der Region Werdenberg besteht zurzeit nur die ungenügende Haltemöglichkeit auf dem Marktplatz Buchs. Mit einer guten Lösung im Sarganserland könnte allenfalls der Bedarf für beide Regionen Werdenberg und Sarganserland abgedeckt werden. Zurzeit stehen in Absprache mit einer Gemeinde verschiedene Varianten zur Diskussion, die im Zusammenhang mit anstehenden Planungsvorhaben konkretisiert werden müssen.

Noch keine Lösung ist im Linthgebiet absehbar. Nach gescheiterten Standortabklärungen in einer Gemeinde wird nun Suche mit der Regionalplanungsgruppe neu aufgerollt.

Studienauftrag für Gestaltung der Durchgangsplätze

Das Hochbauamt erteilte mehreren Architekturbüros einen Studienauftrag für die Gestaltung der geplanten Durchgangsplätze. Mit einem durchdachten Erscheinungsbild und einem zweckmässigen Raumkonzept sollen sowohl die Bedürfnisse der Fahrenden optimal erfüllt, wie auch zu einer guten Akzeptanz der Plätze in der Öffentlichkeit beigetragen werden. Das Siegerprojekt wird bis Ende Mai 2007 ausgewählt. Die Visualisierungen dienen dann als Grundlage für die politischen Verfahren und die Landverhandlungen im Planungsprozess.

Anhang 2

Entwicklung und heutige Situation auf dem Standplatz Buech - Stadt Bern

Dr. Michael Hohn, Leiter des Sozialamtes der Stadt Bern

Die viele Jahre unbefriedigende Wohn- und Lebenssituation der Fahrenden in der Stadt Bern fand mit dem Entscheid des Stadtrates im Jahre 1992 und des Volkes vom 13. April 1997, für Fahrende ein bestimmtes Planungsgebiet auszuscheiden und einen Standplatz zu errichten, ein positives Ende. Der Standplatz Buech konnte im November 1998 eingeweiht werden. Für zahlreiche Familien mit unterschiedlichem ethnischen Hintergrund konnte eine stabile Lebensbasis gebildet und die Weiterführung der Kultur der Fahrenden unterstützt werden. Neben dieser positiven Wirkung zeigten sich aber bei der Entwicklung des Standplatzes auch soziale Probleme, die anfangs unterschätzt wurden und in den letzten Jahren deutlicher zutage getreten sind. So wurde im Jahr 2001 und später eine zunehmende Sozialhilfeabhängigkeit festgestellt. Zudem ergaben sich Probleme bezüglich des regelmässigen Schulbesuches und der Durchsetzung von Aufgabenhilfen für die Kinder der Fahrenden. Die Verankerung der Fahrenden in ihren kulturellen Traditionen und der allgegenwärtige Anspruch zur Einhaltung gesellschaftlicher Normen ist für alle Beteiligten eine permanente Herausforderung.

Diese Themen wurden von der Stadt Bern von Seiten Politik und Verwaltung ernst genommen. Es wurde eine sich regelmässig treffende Verbindungsgruppe der städtischen Verwaltung eingesetzt, welche gemeinsam mit den Bewohnerinnen und Bewohnern von Buech anstehende Probleme anging. Ein wichtiges Ergebnis dieser Zusammenarbeit war die Schaffung eines Platzkomitees, in dem die Bewohnerinnen und Bewohner selber Verantwortung übernehmen, sowie die Einrichtung einer Platzordnung als Grundlage des Zusammenlebens. Weiter konnten Grundsätze für den Schulbesuch der Kinder aufgestellt und der Sozialhilfebezug reduziert werden. Wünschbar wäre eine vermehrte Auseinandersetzung mit einer zeitgemässen Ausrichtung auf die Berufsbildung der jungen Fahrenden, die neue Chancen und verbesserte berufliche Perspektiven eröffnen würde.

Zusammenfassend hat sich also die Bereitstellung eines Standplatzes für Fahrende bewährt. Heute haben auf dem Standplatz zirka 30 Familien auf zirka 30 Parzellen eine ständige Bleibe gefunden. Der Standplatz verfügt über funktionsfähige Strukturen und ist in Umfeld und Nachbarschaft akzeptiert. Die Zusammenarbeit mit der Stadt Bern, insbesondere auch die konkrete Arbeit der Verbindungsgruppe, wirkt sich stabilisierend aus und trägt dazu bei, dem Standplatz auch eine Zukunft zu sichern. Dabei ist zu hoffen, dass der Grad der Selbstverwaltung auf dem Standplatz Buech weiter zunimmt.

Rapport annuel 2006

ORGANES DE LA FONDATION

Conseil de Fondation

Président:

Werner Niederer*	<i>Ancien Conseiller d'Etat du Canton d'Appenzell Rhodes-Extérieures</i>	Herisau
------------------	--	---------

Membres du Conseil de Fondation:

May Bittel*	<i>Mission tsigane</i>	Versoix
Claudio Candinas	<i>Département de Justice, Police et Santé</i>	Coire
Paul Fink, Dr phil.*	<i>Office fédéral de la culture</i>	Berne
Robert Huber*	<i>Radgenossenschaft der Landstrasse</i>	Zurich
Daniel Huber	<i>Radgenossenschaft der Landstrasse</i>	Balsthal
Sigisbert Lutz	<i>Association des Communes Suisses</i>	Berne
Markus Metz, Dr en droit (jusqu'au 31.12.2006)	<i>Association des Communes Suisses</i>	Binningen
Johann Moser	<i>Radgenossenschaft der Landstrasse</i>	Geuensee
Guido Sutter, Dr en droit (jusqu'au 31.08.2006)	<i>Secrétariat d'Etat à l'économie</i>	Berne
Martin Vinzens (dès le 01.09.2006)	<i>Office fédéral de l'environnement territorial</i>	Berne
Patrick Vogt (jusqu'au 31.12.2006)	<i>Mission tsigane</i>	Lausanne

*) membres du Comité

Organe de contrôle:

Contrôle fédéral des finances	Berne
-------------------------------	-------

Secrétariat:

Urs Glaus, Dr en droit, avocat, Oberer Graben 44, case postale, 9001 St-Gall
 Tél. 071 222 10 20
 Fax 071 222 10 55
 E-Mail info@gj-anwaelte.ch
 Accès Internet: www.bac.admin.ch

AVANT-PROPOS DU PRESIDENT

Le 1^{er} mai 1997, la Fondation "Assurer l'avenir des gens du voyage suisses" voyait le jour officiellement et la Fondation était créée au sens juridique. En arrondissant légèrement le premier rapport, nous en sommes donc au 10^{ème} rapport. C'est l'occasion de passer en revue et de faire le point sur l'activité déployée durant ce laps de temps.

La création de la Fondation "Assurer l'avenir des gens du voyage suisses" découle d'une initiative de la Commission du Conseil national de la sécurité sociale et de la santé publique, du 28 août 1991. Cette initiative est d'abord la conséquence du travail afférent durant des années aux problèmes des "Enfants de la route", c'est-à-dire à l'enlèvement malheureux durant des décennies d'enfants de gens du voyage par des représentants des autorités et de la Fondation Pro Juventute. Deux commissions de fonds instituées par la Confédération ont versé entre 1988 et 1993 des indemnités aux gens du voyage pour le tort qui leur avait été causé, la valeur symbolique de ces indemnités jouant un rôle plus important que les indemnités elles-mêmes.

Dès le début, le Parlement n'a pas eu l'intention de confier à la Fondation le soin de traiter le passé. La Fondation devait plutôt aborder les problèmes du passé et de l'avenir, comme on peut lire dans le rapport de la Commission sociale et de la santé publique du 28 août 1991. Dans ses déterminations au sujet de l'initiative parlementaire, le Conseil fédéral se prononça expressément en faveur de la création de la Fondation. La constitution détaillée de la Fondation fut ensuite adaptée au cours des débats parlementaire. L'idée maîtresse et l'objectif de la Fondation ont été les mêmes dès le début, à savoir de créer un organe indépendant de l'administration, constituée de représentants de tous les niveaux de l'Etat, d'une part, et de membres de la minorité nomade, d'autre part, qui était chargé essentiellement de coordonner les efforts en faveur des gens du voyage. C'est d'ailleurs ainsi que son objectif est formulé dans l'Acte de fondation du 1^{er} mai 1997. La Fondation fut dotée à l'époque d'un capital d'un million de francs, la subvention annuelle d'exploitation demeurant inchangée à 150'000 francs par an depuis 1997.

Si l'on fait une comparaison avec les ressources mises à la disposition de la Fondation, on peut certainement constater aujourd'hui que la Fondation a rempli sa tâche, même si l'objectif consistant à mettre à disposition un nombre suffisant d'aires de séjour et de transit n'a pas été atteint jusqu'ici.

Cet objectif est encore bien éloigné si l'on compare le nombre d'emplacements disponibles lors de la création avec les chiffres d'aujourd'hui. Toutefois, la Fondation a lancé une dis-

discussion qui a entraîné un retournement d'opinion dans quelques cantons et dans certains services importants. Un succès particulier consiste en la création dans le canton de Saint-Gall - sous la direction du Département de la construction - d'un concept de création de six aires de transit sur le territoire cantonal. C'est la conséquence directe de discussions avec des responsables politiques et il se fonde sur l'avis de droit élaboré par Eigenmann et Eugster. Ce concept est décrit de manière plus détaillée dans l'annexe 1. On peut également constater dans plusieurs autres cantons un changement d'opinion et un effort en vue de créer des emplacements pour les gens du voyage.

La Fondation est en contact avec le Département fédéral de la défense, de la protection de la population et du sport (DDPS) depuis 1998. A l'origine ces discussions avaient pour but d'inciter le DDPS de mettre à disposition des gens du voyage, comme aires de transit, les terrains de l'armée temporairement non utilisés pour l'instruction. Dans leur ensemble, ces discussions n'ont connu que peu de succès jusqu'ici. La situation pourrait néanmoins changer, le DDPS préparant, dans le cadre de la réforme de l'armée XXI, la vente de multiples biens-fonds qui ne sont plus nécessaires à des fins d'instruction. Il y en a dans tous les cantons. Il existe donc des perspectives fondées pour les cantons d'aménager sur ces terrains des emplacements à l'intention des gens du voyage. La proposition a été reprise par le Conseil fédéral dans son rapport au Parlement (voir ci-dessous, sous II.I) et son application est suivie attentivement dans deux commissions permanentes du Conseil national.

Dès le début, le Conseil de la Fondation s'est efforcé de faire preuve d'objectivité dans les discussions et dans l'argumentation. A cet égard, tant le rapport interne au sein du Conseil de la Fondation que son engagement en faveur des gens du voyage doivent être soulignés. Il est compréhensible qu'au commencement la collaboration entre gens du voyage et membres résidents ait été marquée par des tensions. Une discussion toujours objective et une confiance réciproque croissante ont néanmoins fait du Conseil de Fondation un organe qui fonctionne. C'est d'ailleurs dans cet esprit que l'élaboration de l'avis de droit avait été confiée aux aménagistes Eigenmann et Eugster: l'avis de droit devait fournir des indications fiables et sans prétentions quant aux besoins quotidiens et aux requêtes en matière d'emplacements de séjour et d'aires de transit, plaçant ainsi la discussion sur des faits. A mon avis personnel, ces efforts de la Fondation pour une argumentation fondée ont abouti à des succès politiques, à défaut desquels il n'aurait pas été possible de créer des emplacements pour les gens du voyage. Au printemps 2003, le Tribunal fédéral se fonda, dans un arrêt important pour les besoins en terrains des gens du voyage (BGE 129 II 312 ss.) sur les constatations contenues dans l'avis de droit. Peu de temps après, au cours de la session d'été 2003, la Commission de la sécurité sociale et de la santé publique du Conseil national reprit les préoccupations de la Fondation en invitant, par un postulat de commission, le Conseil fédéral à lui présenter un rapport sur la situation actuelle des gens du voyage. Daté d'octobre 2006, ce

dernier se fonde pour une large part sur l'état de faits élaboré par la Fondation. La proposition du Conseil fédéral de mettre à disposition des terrains du DDPS pour y créer des emplacements pour gens du voyage a connu un accueil favorable au sein du Parlement et dans les cantons. Au début de 2007, la Fondation a eu derechef l'occasion, d'exposer dans un hearing de la Commission de la science, de l'éducation et de la culture les requêtes des gens du voyage et les solutions possibles.

Les gens du voyage considèrent que le processus politique est trop lent avant de donner des résultats et d'entraîner la création d'emplacements. Le Conseil de la Fondation fait preuve de compréhension à cet égard, car, pour les gens du voyage, le manque d'emplacements constitue une limitation radicale de leur culture.

La Fondation a toutefois obtenu des succès en faveur des gens du voyage. En premier lieu, il y a le succès politique, en ce sens que les requêtes des gens du voyage sont entendues et prises au sérieux. Sans cette base, il n'y aurait pas de succès mesurables, car c'est seulement lorsqu'une volonté politique suffisante a vu le jour que les responsables politiques au sein des cantons et des communes sont prêts à accorder aux gens du voyage de l'espace pour leur culture au sens propre, tel qu'il a été confié. Si cette compréhension et cette ouverture des responsables politiques s'approfondit, cela crée les conditions-cadre pour l'aménagement d'emplacements, permettant aux gens du voyage de vivre leur culture. Même s'il reste beaucoup de chemin, les premiers pas ont été faits et les premiers bons exemples ont été donnés.

1. ACTIVITE

1.1. La situation des gens du voyage en Suisse.

Le 18 octobre 2006, le Conseil fédéral publiait, à l'intention du Parlement, le rapport intitulé " La situation des gens du voyage en Suisse" ([www.bak.admin](http://www.bak.admin.ch) ->Thèmes ->Langues et minorités culturelles.>Gens du voyage: sous cette rubrique, autres informations"). Il constate qu'il y a une discrimination en Suisse entre les gens du voyage suisses et étrangers. Malgré l'obligation découlant de la Constitution et du droit des gens d'éliminer cette discrimination, la situation des gens du voyage en matière d'habitat s'est même détériorée au cours des dernières années.

Le rapport du Conseil fédéral a analysé la situation de manière correcte et complète. Les mesures sont effectivement restées loin derrière les espoirs. Le Conseil fédéral n'a pas fait de propositions chiffrées. D'une part, il a chargé le Département fédéral de l'environnement, des de l'énergie et de la communication de tenir dans une mesure adéquate compte des requêtes des gens du voyage dans le cadre de l'approbation des plans directeurs cantonaux. D'autre part, il a chargé le DDPS de prendre en considération les demandes des gens du voyage dans le cadre de la liquidation des biens-fonds du DDPS (Arrêt du Conseil fédéral du 18 octobre 2006). Pour cette mesure, les gens du voyage dépendent largement de la bonne volonté des cantons et des communes. Il sera dès lors nécessaire que, dans le cadre de la planification du territoire, la Fondation ne cesse d'inciter les cantons à aménager des emplacements de séjour et des aires de transit, en suivant le processus de vente des biens-fonds du DDPS d'un œil attentif et critique.

La Fondation aurait souhaité que le Conseil fédéral propose des mesures allant plus loin: modification du droit de planification de la Confédération et introduction d'une obligation pour les cantons et les communes de concevoir la planification directrice et de zone de façon à devoir y aménager des aires de séjour et de transit. En outre, la Fondation avait proposé que le Conseil fédéral promeuve l'aménagement, par des subventions ou en versant des montants plus importants à la Fondation pour permettre à cette dernière de verser des contributions aux frais d'investissement et éventuellement, dans des cas isolés, pour couvrir des coûts d'exploitation non couverts. Par ailleurs, le Conseil fédéral n'a pas traité la suggestion de créer une nouvelle loi chargée de promouvoir les gens du voyage. La Fondation a également attiré l'attention sur une autre discrimination, qui ne peut pas non plus être passée sous silence: si la Confédération promeut la construction et l'acquisition de logements avantageux pour des mé-

nages à revenu restreint, la promotion se limite aux formes de vie de la population résidente.

Or, en matière de promotion de logement, ne pas mettre sur le même pied les nomades et les résidents ne peut guère s'expliquer.

La Fondation attend maintenant du DDPS qu'il applique l'arrêté de manière sérieuse et conséquente et qu'il s'écarte du principe consistant à vendre les biens-fonds au meilleur prix possible. Si le prix est déterminant, la mesure proposée ne constituerait plus guère un alibi.

1.2 Activité politique

Entre temps, le rapport du Conseil fédéral a été traité par la **Commission de la science, de l'éducation et de la culture du Conseil national**. Une délégation de la Fondation a pu faire connaître son point de vue à ce sujet, notamment le souhait que la vente de biens-fonds du DDPS et la création d'emplacements pour les gens du voyage fasse l'objet d'un contrôle précis.

Le Conseil de la Fondation a publié en 2005 le **rapport** du Bureau de planification Eigenmann, à Saint-Gall sur le sujet "**Les nomades et l'aménagement du territoire**" mis à jour à l'heure actuelle. En comparaison aux données contenues dans le rapport 2001 sur la situation en été 2000, neuf aires de transit avaient été fermées durant les cinq ans allant jusqu'en 2005, alors que seules deux aires de transit et une aire de séjour voyaient le jour.

A l'occasion de la publication du rapport sur la situation en 2005, la Fondation a organisé une conférence de presse et fait appel aux politiciens responsables de la Confédération, des cantons et des communes pour qu'ils prennent au sérieux le manque d'emplacements dont les gens du voyage sont l'objet et qu'ils y remédient.

A la mi-mars, le Conseil fédéral faisait paraître son message concernant un **crédit-cadre à la Fondation** pour les années 2007 à 2011. Le Conseil fédéral proposait de reconduire, sans le modifier, le financement alloué à la Fondation. La proposition de doubler la subvention annuelle et de la faire passer de 150'000 à 300'000 francs reçut un accueil sympathique dans les commissions du Parlement, mais elle n'obtint pas la majorité. Une délégation de la Fondation s'est vu donner l'occasion par la Commission de la science, de l'éducation et de la culture d'exposer les arguments pour l'augmentation de la subvention et les souhaits exprimés par la Fondation en faveur des gens du

voyage. L'activité de la Fondation a été d'ailleurs largement reconnue au sein du Parlement.

1.3 Efforts directs concernant des emplacements

La Fondation a poursuivi ses efforts depuis plusieurs années pour trouver une solution à un cas isolé dans le canton d'Argovie. En été 2006, une situation compliquée – une grande famille de gens du voyage était obligée de quitter un emplacement sans disposer d'alternative – devait être résolue en quelques semaines. Des discussions eurent lieu avec le Conseil communal et des représentants du canton dirigés par le Conseiller d'Etat compétent. La mi-août, une discussion présidée par le Conseiller d'Etat compétent a finalement permis d'aboutir à une solution. Au-delà de la solution du cas isolé, le Canton d'Argovie a reconnu le besoin aires de séjour et de transit et annoncé son intention de créer de nouveaux emplacements dans le cadre de la vente de biens-fonds du DDPS. Entre temps, le Canton d'Argovie a aménagé un emplacement spécialisé "gens du voyage".

Des représentants de la Fondation sont engagés dans l'application du concept du Canton de Saint-Gall. Un nomade est invité à participer à la visite de tous les emplacements entrant en ligne de compte et à donner son avis.

Un membre du Conseil de Fondation a collaboré dans des groupes de plusieurs cantons francophones qui étudiaient l'aménagement d'emplacements.

1.4 Activité auprès de l'opinion publique

A l'occasion de la publication du rapport d'expertise Eigenmann sur la situation en 2005, la Fondation a organisé une conférence de presse à Zurich, le 7 juin 2006. Le manque d'aires de transit avait été un sujet souvent traité en 2005 dans les journaux. C'est dire que la communication de la Fondation a suscité beaucoup d'intérêt.

Après la publication du Rapport du Conseil Fédéral sur la situation des gens du voyage en octobre 2006, la Fondation a organisé – d'entente avec la Commission fédérale contre le racisme (CFR) – une conférence commune de presse, le 2 novembre 2006. La CFR et la Fondation ont reconnu d'un commun accord l'exactitude de la situation contenue dans le rapport du Conseil fédéral, mais ont critiqué le fait que le Conseil fédéral s'en est tenu à constater la discrimination des gens du voyage sans

soumettre des propositions suffisantes, de nature à améliorer substantiellement la situation des gens du voyage.

1.5 Collaboration avec d'importants partenaires de la Fondation

La Fondation travaille surtout avec les **Organisations des gens du voyage**, en premier lieu avec leur organisation faîtière, la **Radgenossenschaft der Landstrasse**. Une collaboration confiante et constructrice s'est développée avec cette dernière. Au cours des dernières années, la Radgenossenschaft n'a pas été épargnée par les réductions des subventions de la Confédération, ce qui a provoqué des goulots d'étranglement financiers. La Fondation a appuyé intensivement la Radgenossenschaft dans ses efforts pour bénéficier d'un financement spécial. En outre, elle a pris à sa charge les honoraires d'une fiduciaire chargée d'examiner les possibilités d'économie.

Un autre partenaire important est l'**Office fédéral de la culture**, qui traite le dossier des gens du voyage.

La Commission fédérale contre le racisme poursuit dans un domaine des objectifs semblables à ceux de la Fondation. La Fondation collabore depuis sa création occasionnellement avec la CFR. En 2006 la collaboration a été renforcée.

En **proposant** la création d'emplacements pour gens du voyage sur des biens-fonds appropriés du DDPS, le Conseil fédéral a fait du Département de la défense, de la protection de la population et des sports un interlocuteur particulièrement important. La Fondation a tout d'abord renforcé les contacts qui existaient depuis longtemps avec le Service immobilier du Secrétariat du Département, puis avec armasuisse. Au début de novembre 2006, le Président de la Fondation a été reçu pour un entretien, avec M. Willi Haag, Conseiller d'Etat, Président de la Conférence des directeurs de la planification, de la construction et de l'environnement, Saint-Gall, par M. Samuel Schmid, Conseiller fédéral. Ils ont pu exposer comment, à leur avis, les terrains doivent être transférés aux cantons pour qu'on puisse envisager la réalisation d'emplacements pour des gens du voyage. Dans un groupe de travail constitué par l'Office fédéral de la culture, armasuisse, l'Office fédéral pour le développement territorial et la Fondation pour les gens du voyage, des voies et moyens sont en train d'être analysés pour installer de nouvelles aires de repos et de transit, en se basant sur les travaux en cours en vue de la vente de terrains militaires devenus libres.

2. CONSEIL DE LA FONDATION

En 2006, le Conseil de la Fondation s'est réuni à six reprises. Les membres du Conseil de la Fondation ont développé dans les comités et groupes de travail les projets de la Fondation. Outre les tâches mentionnées dans le rapport de gestion précédent, le Conseil de la Fondation a fait élaborer un concept sur l'activité en matière d'opinion publique, qui sera disponible sous peu. Son application débutera au cours de l'année 2007, en fonction des priorités.

Trois membres ont quitté le Conseil de la Fondation en 2006. M. Guido Sutter, Seco, Berne, représentant de la Confédération, s'est retiré à fin août 2006. Son successeur est M. Martin Vinzens, Office fédéral du développement territorial, Berne. M. Markus Metz, Dr en droit, Binningen/BL a été remplacé en décembre 2006 par M. Max Gisler, Dr en droit, Steinhau- sen /ZG. Egalement à fin 2006, M. Patrick Vogt, Mission tzigane, Lausanne a démissionné; son successeur sera désigné prochainement.

3. SURVEILLANCE DE LA FONDATION ET CONTROLE FEDERAL DES FINANCES

Les finances de la Fondation ont été examinées par le Contrôle fédéral des finances, en tant qu'organe de révision de la Fondation. Le 5 mars 2007, il a fait savoir au Conseil de la Fondation que les comptes et la comptabilité étaient conformes aux prescriptions légales et qu'il proposait au Département fédéral de l'intérieur, qui exerce la surveillance de la Fondation, d'approuver les comptes annuels.

4. COMPTES ANNUELS ET BILAN 2006

Compte de profits et pertes 2006

Spécification	Dépenses CHF	Recettes CHF
Subventions de la Confédération		154'000.00
Produits des intérêts et bénéfices de cours réalisés		49'542.00
Compte neutre		11'614.00
Subventions	27'058.55	
Traductions	6'352.60	
Expertise "Gens du voyage et développement territorial"	42'944.35	
Honoraires	80'412.30	
Jetons de présence et frais	32'544.00	
AVS	1'999.45	
Courtage/droits de timbre, etc..	2'875.00	
Rapport annuel	6'352.60	
Organe de révision	4'395.05	
Service de comptabilité	5'346.15	
Information de l'opinion publique	956.85	
Frais administratifs	4'015.35	
Bénéfice	6'220.35	
	215'156.00	215'156.00

Bilan 2006

Spécification	Actifs	Passifs CHF
Capital de roulement	466'402.85	
Titres	466'405.95	
Capital emprunté à court terme		7'400.00
Réserve pour fluctuation de cours		45'500.00
Réserves		75'000.00
Capital de la Fondation		804'908.80
	932'808.80	932'808.80

Annexe 1

**Concept des aires de transit pour gens du voyage du Canton de Saint-Gall
Situation à fin mars 2007**

Nicolas Perrez, Département de la construction du Canton de Sant-Gall

Adoption du concept d'aires de transit

En mai 2006, le Gouvernement du Canton de Saint-Gall a adopté le concept d'aires de transit pour gens de voyage lors d'une conférence de presse qui a rencontré un bon écho dans les journaux. Le concept fixe un besoin de six aires de transit dans l'ensemble du canton. Il définit les conditions standard qu'un emplacement doit remplir pour être une aire de repos ou de transit et répartit les tâches entre le canton et les communes en vue de la réalisation et de l'exploitation des emplacements.

Groupe de planification

L'application du concept est suivie par un groupe de planification du Département de la construction placé sous la responsabilité de l'Office cantonal pour le développement territorial. La Radgenossenschaft est représentée dans le Groupe de planification par Bruno Huber. Dès qu'un emplacement est déterminé, la réalisation débute avec un programme de planification coopératif, avec intégration des riverains et une information ouverte de la population.

Recherche d'emplacements

Des emplacements appropriés ont été évalués avec le groupe régional de planification, les conseils communaux compétents ayant donné leur accord de principe à cet effet. Si aucune résistance notoire ne se manifeste durant la suite du processus de planification, les emplacements devraient être réalisés jusqu'à fin 2008.

Le DDPS est disposé à vendre au canton un bien-fonds bien adapté dans la région de Rorschach. Il faut toutefois encore attendre l'accord définitif de la commune en cause.

Dans la région de Wertenberg, il n'y a actuellement que trop peu de possibilités d'arrêt sur la place de marché de Buchs. Une bonne solution dans la région de Sargans permettrait éventuellement de couvrir les besoins des deux régions de Werdenberg et du pays de Sargans. Pour le moment, diverses variantes sont en discussion avec une commune, qui doivent encore être concrétisées dans le cadre de futurs projets de planification.

Aucune solution n'est encore en vue dans la région de la Linth. Après que des recherches d'emplacement aient échoué dans une commune, les efforts se poursuivent d'entente avec le groupe régional de planification.

Mandat d'étude d'aménagement des aires de transit

L'Office des constructions a confié à plusieurs bureaux d'architecte un mandat d'étude concernant les aires de transit envisagées. Une présentation bien conçue et un concept de territoire approprié, qui satisferaient de manière optimale les besoins des gens du voyage, devraient contribuer à une bonne acceptation des emplacements dans l'opinion publique. Le projet victorieux sera choisi jusqu'à fin mai 2007. Les visualisations serviront alors de base à la procédure politique et aux négociations concernant le terrain dans le processus de planification.

Annexe 2

Développement et situation actuelle sur l'aire de repos de Buech - Ville de Berne

Dr. Michael Hohn, Directeur du service social de la Ville de Berne

La situation malheureuse qui s'était perpétuée durant de nombreuses années en matière de logement et de vie des nomades dans la Ville de Berne a trouvé une solution positive grâce à la décision du Conseil Municipal, de 1992, et du peuple, du 13 avril 1997, de prévoir à l'intention des gens de la route une zone de planification précise et d'y édifier une aire de repos. C'est ainsi que l'aire de repos de Buech a pu être inaugurée en novembre 1998. Elle permet de constituer une base de vie stable pour de nombreuses familles ayant un arrière-plan ethnique divers et de leur offrir une assistance pour leur permettre de continuer de pratiquer leur culture. Outre ces effets positifs, des problèmes sociaux se sont manifestés au cours du développement de l'aire de repos. Au début, ils ont été sous-estimés, mais ils ont pris de plus en plus d'importance ces dernières années. C'est ainsi qu'on a constaté en 2001 et par la suite une dépendance croissante envers l'assistance sociale. En outre, il y a des problèmes concernant la fréquentation régulière de l'école et l'application des aides aux tâches pour les enfants des gens du voyage. L'ancrage des gens du voyage dans leurs traditions culturelles et leur prétention omniprésente de maintenir des normes sociales constitue une exigence permanente pour tous au point de vue politique et administratif. Un groupe de liaison a été institué. Il se réunit régulièrement et traite les problèmes courants avec les habitantes et les habitants de Buech. Un résultat important de cette collaboration a été la création d'un comité de place, dont les habitantes et les habitants assument eux-mêmes la responsabilité, ainsi que l'institution d'un règlement de place comme base de la communauté de vie. Par ailleurs, des principes de fréquentation des enfants à l'école ont été fixés et le recours à l'assistance sociale a pu être réduit. Il serait désirable qu'une discussion accrue s'instaure sur une formation professionnelle moderne aux jeunes du voyage, qui leur offre de nouvelles chances et une amélioration des perspectives professionnelles.

Ces questions ont été prises au sérieux par la Ville de Berne au point de vue politique et administratif. Un groupe de liaison a été institué. Il se réunit régulièrement et examine avec les habitantes et les habitants de Buech les problèmes courants. Un résultat important de cette collaboration a été la création d'un comité de place, dont les habitantes et les habitants assument eux-mêmes la responsabilité, ainsi que l'institution d'un règlement de place comme base de la communauté de vie. Par ailleurs, des principes de fréquentation scolaire ont été fixés et le recours à l'assistance sociale a été réduit. Il serait désirable qu'une discussion

accrue s'instaure sur une formation professionnelle moderne aux jeunes du voyage, qui leur offre de nouvelles chances et une amélioration des perspectives professionnelles.

En résumé, il est permis de conclure que la mise à disposition d'une aire de repos pour les gens du voyage a fait ses preuves. Aujourd'hui, quelque 30 familles ont trouvé à se loger durablement sur une trentaine de parcelles. L'aire de repos comporte des structures capables de fonctionner et elle est acceptée par son voisinage. La collaboration avec la Ville de Berne, notamment l'activité concrète du groupe de liaison a un effet stabilisateur et elle contribue à assurer un avenir à l'aire de repos. Dans ce cadre, il faut espérer que le degré d'autoadministration continuera à se développer sur l'aire de repos de Buech.

Rapporto di gestione 2006

ORGANI DELLA FONDAZIONE

Consiglio di fondazione:

Presidente:

Werner Niederer* *Ex Consigliere di Stato del Cantone
Appenzello Esterno* Herisau

Membri del Consiglio di fondazione:

May Bittel*	<i>Missione dei nomadi</i>	Versoix
Claudio Candinas	<i>Dipartimento di giustizia, polizia e sanità del Canton Grigioni</i>	Coira
Dr. phil. Paul Fink*	<i>Ufficio federale della cultura</i>	Berna
Robert Huber*	<i>Radgenossenschaft der Landstrasse</i>	Zurigo
Daniel Huber	<i>Radgenossenschaft der Landstrasse</i>	Balsthal
Sigisbert Lutz	<i>Associazione dei Comuni Svizzeri</i>	Herrenschwanden
Dr. iur. Markus Metz (fino al 31.12.2006)	<i>Associazione dei Comuni Svizzeri</i>	Binningen
Johann Moser	<i>Radgenossenschaft der Landstrasse</i>	Geuensee
Dr. iur. Guido Sutter (fino al 31.8.2006)	<i>Segretariato di stato dell'economia</i>	Berna
Martin Vinzens (dal 1.9.2006)	<i>Ufficio federale dello sviluppo territoriale</i>	Berna
Patrick Vogt (fino al 31.12.2006)	<i>Missione dei nomadi</i>	Losanna

*) Membri del Comitato:

Ufficio di revisione:

Controllo federale delle finanze, Berna

Segreteria:

Dr. iur. Urs Glaus, avvocato, Oberer Graben 44, casella postale, 9001 San Gallo
Tel. 071 222 10 20
Fax 071 222 10 55
E-mail info@gj-anwaelte.ch
Accesso Internet: www.stiftung-fahrende.ch

PREMESSA DEL PRESIDENTE

La Fondazione "Un futuro per i nomadi svizzeri" è stata registrata mediante atto pubblico il 1° maggio 1997: in senso giuridico è stata quindi creata in tale data. Ciò significa che, se arrotondiamo leggermente il primo anno d'esercizio, il presente rapporto di gestione conclude il decimo d'esercizio della Fondazione. I dieci anni d'attività costituiscono un'ottima occasione per uno sguardo retrospettivo e per un bilancio della situazione attuale.

L'impulso per la creazione della Fondazione "Un futuro per i nomadi svizzeri" lo diede il 28 agosto 1991 un'iniziativa parlamentare della Commissione della sicurezza sociale e della sanità del Parlamento federale. Tale iniziativa a sua volta derivava dal lavoro di anni sul tema "Kinder der Landstrasse", l'operazione con la quale per decenni i bambini nomadi furono strappati alle loro famiglie dai rappresentanti delle autorità e della Fondazione Pro Juventute. Tra il 1988 e il 1993 due Commissioni amministrative di fondi istituite dalla Confederazione hanno indennizzato i nomadi per l'ingiustizia subita, un atto il cui valore simbolico è stato maggiore di quello concreto.

Sin dall'inizio il Parlamento non aveva avuto intenzione di affidare alla Fondazione l'incarico di fare i conti con il passato. Invece la Fondazione avrebbe dovuto piuttosto "occuparsi dei problemi presenti e futuri dei nomadi", come si legge nel rapporto del 28 agosto 1991 della Commissione della sicurezza sociale e della sanità. Il Consiglio federale nella sua presa di posizione in merito all'iniziativa parlamentare accolse espressamente con favore la creazione della Fondazione. I particolari dell'assetto della Fondazione furono poi adattati nel corso delle deliberazioni parlamentari. L'idea portante e lo scopo della Fondazione sono restati sin dall'inizio invariati: creare un organo indipendente dall'amministrazione, composto da rappresentanti di tutti i livelli statali da una parte e dall'altra da membri della minoranza nomade. Il compito principale di tale organo sarebbe stato il coordinamento degli sforzi in favore dei nomadi. Il suo scopo è appunto così formulato nell'atto di fondazione del 1° maggio 1997. Allora la Fondazione fu dotata di un capitale di un milione di franchi, e il contributo di gestione annuale è rimasto invariato dal 1997 a oggi con 150 000 franchi l'anno.

In proporzione ai mezzi a sua disposizione si può oggi senz'altro constatare che la Fondazione ha svolto il suo mandato, anche se non ha finora raggiunto l'obiettivo di mettere a disposizione dei nomadi un numero sufficiente di aree di sosta fisse e temporanee.

Confrontando il numero di aree di sosta che si stanno attualmente realizzando con quello delle aree esistenti quando la Fondazione fu creata si nota che quest'obiettivo è ancora mol-

to lontano. Tuttavia la Fondazione ha dato inizio a un dibattito che ha provocato un cambiamento nel modo di pensare in singoli Cantoni e in importanti istituzioni. Un particolare successo è costituito dal concetto elaborato nel Canton San Gallo, sotto la direzione del Dipartimento delle costruzioni, per la creazione di sei aree di sosta temporanee sul territorio del Cantone. Tale concetto è una diretta conseguenza di colloqui con i responsabili a livello politico e si fonda sulla perizia elaborata dagli urbanisti Eigenmann e Eugster su mandato della Fondazione. Il concetto viene descritto in modo maggiormente dettagliato nell'appendice 1. Anche in molti altri Cantoni si constatano un cambiamento di atteggiamento e uno sforzo per creare aree di sosta per i nomadi.

La Fondazione è in contatto dal 1998 con il Dipartimento federale della difesa, della protezione della popolazione e dello sport (DDPS). In origine si erano svolti colloqui volti a convincere il DDPS a mettere a disposizione dei nomadi come aree di sosta temporanee delle aree appartenenti all'esercito e temporaneamente inutilizzate per l'istruzione. Il successo di tali colloqui era stato in generale modesto, ma la situazione potrebbe cambiare ora che il DDPS, nel quadro della riforma "Esercito XXI", si prepara a vendere numerose proprietà che non sono più necessarie per l'istruzione. Proprietà di questo tipo sono presenti su tutto il territorio della Confederazione ed esiste la fondata speranza che i Cantoni possano realizzare su tali terreni delle aree di sosta per i nomadi. La proposta è stata ripresa dal Consiglio federale nel suo rapporto al Parlamento (vedere oltre al punto II.1) e la sua realizzazione viene seguita con attenzione in due Commissioni permanenti del Consiglio nazionale.

Il Consiglio di fondazione si è sforzato sin dall'inizio di mantenersi sul piano dei fatti oggettivi sia nei colloqui sia nell'argomentazione. Alla luce di questo criterio si lasciano analizzare sia i rapporti interni al Consiglio di fondazione sia il suo impegno a favore dei nomadi verso l'esterno. È comprensibile che all'inizio della collaborazione il rapporto tra membri nomadi e sedentari nel Consiglio di fondazione fosse dominato da tensioni, tuttavia il dibattito svolto sempre a livello oggettivo e la crescente fiducia reciproca hanno reso il Consiglio di fondazione un organo efficiente. In questo spirito è stato impartito il mandato per gli urbanisti Eigenmann e Eugster: la perizia avrebbe dovuto fornire in modo sobrio dati affidabili sui bisogni dei nomadi quanto a spazi e sull'esigenza di aree di sosta fisse e temporanee, in modo che la discussione politica si potesse basare sui fatti. Il mio punto di vista personale è che questo sforzo della Fondazione per basarsi su argomenti fondati sui fatti ha condotto a successi politici senza i quali non sarebbe stato possibile creare aree di sosta per i nomadi. Nella primavera del 2003 il Tribunale federale, in una sentenza importante per i bisogni dei nomadi a livello di pianificazione del territorio (BGE 129 II 312 ff.), si è appoggiato ai dati raccolti nella perizia. Pochi mesi dopo, nella sessione estiva 2003, la Commissione della sicurezza sociale e della sanità del Consiglio federale ha accolto le richieste della Fondazione, presentando un postulato in cui chiedeva al Consiglio federale un rapporto sull'attuale

situazione dei nomadi. Tale rapporto, apparso nell'ottobre 2006, si basa soprattutto su materiale oggettivo elaborato dalla Fondazione. La proposta del Consiglio federale di porre a disposizione terreni del DDPS per la creazione di aree di sosta per i nomadi è stata accolta favorevolmente in Parlamento e nei Cantoni. All'inizio del 2007 la Fondazione ha avuto di nuovo occasione di presentare le richieste dei nomadi e illustrare le possibili soluzioni in un hearing della Commissione della scienza, dell'educazione e della cultura del Consiglio nazionale.

I nomadi ritengono che il processo politico duri troppo a lungo prima che si arrivi ai primi successi e alla creazione di nuove aree di sosta. Il Consiglio di fondazione capisce questo punto di vista, infatti i nomadi vivono la mancanza di aree di sosta come forte limitazione imposta alla loro cultura.

La Fondazione ha ugualmente ottenuto dei successi in favore dei nomadi. In primo luogo un successo a livello politico, per cui ora le richieste dei nomadi vengono ascoltate e prese sul serio. Se non ci fosse tale base non sarebbe possibile ottenere successi concreti, poiché solo in presenza di una sufficiente volontà a livello politico i responsabili politici nei Cantoni e nei Comuni sono disposti a garantire ai nomadi spazi per la loro cultura, in senso letterale e figurato. Se tale comprensione e apertura da parte dei responsabili a livello politico si approfondisce, allora sono date le condizioni quadro per la creazione di aree di sosta che permettano ai nomadi di poter vivere la loro cultura. Anche se resta ancora molto da fare, i primi passi sono stati mossi e sono stati dati i primi buoni esempi.

1. ATTIVITÀ

1.1. La situazione dei nomadi in Svizzera

Il 18 ottobre 2006 il Consiglio federale ha reso pubblico il rapporto al Parlamento su "La situazione dei nomadi in Svizzera" (www.bak.admin.ch -> Temi -> Lingue e minoranze culturali -> Nomadi: nella rubrica "Informazioni complementari"). Esso constata che i nomadi svizzeri e stranieri vengono discriminati nel nostro Paese. Nonostante il dovere, derivante dal diritto costituzionale e internazionale, di eliminare tale persistente discriminazione, la situazione dei nomadi per quanto riguarda gli spazi abitativi è addirittura peggiorata nel corso degli ultimi anni.

Il rapporto del Consiglio federale ha analizzato la situazione in modo esatto ed esauritivo. I provvedimenti non sono tuttavia stati all'altezza delle aspettative. Il Consiglio federale non ha presentato alcuna proposta avente conseguenze finanziarie. Esso ha da un lato incaricato il Dipartimento federale dell'ambiente, dei trasporti, dell'energia e delle comunicazioni di tenere conto in modo adeguato delle richieste dei nomadi in occasione dell'approvazione dei piani direttori cantonali. Dall'altro ha incaricato il DDPS di considerare le richieste dei nomadi nel quadro della liquidazione di proprietà del DDPS (Decreto del Consiglio federale del 18 ottobre 2006). Nel caso di tale provvedimento i nomadi devono fare affidamento quasi esclusivamente sulla buona volontà di Cantoni e Comuni. Sarà pertanto assolutamente necessario che la Fondazione, durante lo svolgimento della pianificazione direttrice, continui a richiedere ai Cantoni la creazione di aree di sosta fisse e temporanee e che essa segua con occhio attento e critico il processo di vendita delle proprietà del DDPS.

La Fondazione avrebbe auspicato che il Consiglio federale proponesse provvedimenti più decisi: una modifica del diritto sulla pianificazione del territorio della Confederazione con l'introduzione dell'obbligo per Cantoni e Comuni di organizzare piani direttori e piani di zona che prevedano la creazione di aree di sosta fisse e temporanee. Inoltre la Fondazione aveva proposto che la Confederazione promuovesse la realizzazione di aree di sosta tramite sovvenzioni o concedesse contributi più elevati alla Fondazione in modo che essa a sua volta potesse elargirli per investimenti ed eventualmente, in singoli casi, per spese di gestione non coperte. Il Consiglio federale non si è nemmeno occupato del suggerimento di creare una Legge federale per la promozione del popolo nomade. La Fondazione ha inoltre attirato l'attenzione su un'altra discriminazione per eliminare la quale ora non si conta di fare nulla: la Confederazione incentiva attualmente la costruzione di abitazioni a prezzo moderato per le economie

domestiche con redditi bassi, ma limita tale incentivo alle forme abitative della popolazione sedentaria. Non si vede in base a quali motivi oggettivi i nomadi non possano essere equiparati ai sedentari nell'ambito della promozione della costruzione di abitazioni.

La Fondazione si aspetta ora dal DDPS che esso applichi il decreto del Consiglio federale in modo serio e conseguente e che si discosti dal principio in base al quale vorrebbe vendere gli immobili al prezzo più elevato possibile. Se il prezzo fosse determinante, il provvedimento proposto equivarrebbe a poco più di un alibi.

1.2 Lavoro a livello politico

Nel frattempo la **Commissione della scienza, dell'educazione e della cultura del Consiglio nazionale** si è occupata del rapporto del Consiglio federale. Una delegazione della Fondazione ha potuto esporre alle Consigliere e ai Consiglieri nazionali il proprio punto di vista, e soprattutto il desiderio che la vendita delle proprietà del DDPS e la creazione di aree di sosta per i nomadi vengano attentamente seguite.

Il Consiglio di fondazione ha pubblicato come "Rapporto sullo stato dei lavori 05" una versione aggiornata della **perizia** dello Studio di urbanistica Eigenmann di San Gallo sul tema "**Nomadi e pianificazione del territorio**". La perizia del 2001 era basata sui dati rilevati nell'estate 2000: un confronto mostra che nei cinque anni intercorsi fino al 2005 erano state chiuse nove aree di sosta temporanee, mentre erano state create solo due nuove aree di sosta temporanee e un'area di sosta fissa.

In occasione della pubblicazione del "Rapporto 05" la Fondazione ha organizzato una conferenza stampa e si è appellata ai responsabili a livello politico di Confederazione, Cantoni e Comuni, affinché prendano in considerazione la situazione d'emergenza in cui si trovano i nomadi in quanto a spazi abitativi e vi pongano rimedio.

A metà marzo 2006 il Consiglio federale ha pubblicato il suo messaggio sulla concessione di un **credito quadro alla Fondazione** per gli anni 2007-2011. Il Consiglio federale ha proposto la continuazione invariata del finanziamento della Fondazione. Nelle commissioni parlamentari la proposta di raddoppiare il contributo di gestione annuale da 150000 a 300000 franchi è stata accolta con simpatia, ma non ha trovato una maggioranza. Una delegazione della Fondazione aveva avuto la possibilità di illustrare di fronte alla Commissione della scienza, dell'educazione e della cultura del Consiglio degli Stati gli argomenti a favore di un aumento del contributo e le richieste

della Fondazione a favore dei nomadi. L'attività della Fondazione ha d'altronde trovato anche un vasto riconoscimento in Parlamento.

1.3 Sforzi diretti per creare aree di sosta

Da molti anni la Fondazione si impegna fortemente per la soluzione di un caso particolare nel Canton Argovia. Nell'estate 2006 è stato necessario risolvere la complicata situazione nel giro di poche settimane: una famiglia allargata di nomadi avrebbe dovuto lasciare un'area di sosta, senza che fosse offerta un'alternativa. Si sono svolti colloqui con il Consiglio comunale e con rappresentanti del Cantone. A metà agosto finalmente un incontro sotto la direzione del Consigliere di Stato responsabile ha condotto a una soluzione. Al di là della soluzione del caso in questione il Cantone Argovia ha riconosciuto il bisogno di aree di sosta fisse e temporanee e ha dichiarato l'intenzione di creare nuove aree di sosta nel quadro della vendita delle proprietà del DPPS. Nel frattempo il Cantone Argovia ha creato un Ufficio "Nomadi".

Alcuni rappresentanti della Fondazione sono impegnati nella realizzazione del concetto del Canton San Gallo. Un nomade viene invitato in occasione di tutte le visite a zone che potrebbero essere prese in considerazione come aree di sosta.

Un membro del Consiglio di fondazione ha collaborato con molti organi di Cantoni francofoni nei quali si lavora alla realizzazione di aree di sosta.

1.4. Lavoro di pubbliche relazioni

In occasione della ripubblicazione della perizia Eigenmann aggiornata sotto forma di "Rapporto sullo stato dei lavori 05" la Fondazione ha tenuto una conferenza stampa a Zurigo il 7 giugno 2006. La scarsità di aree di sosta temporanee era stato un tema ricorrente nei media nell'anno 2006 e le comunicazioni della Fondazione hanno quindi incontrato un notevole interesse.

Dopo la pubblicazione del rapporto del Consiglio federale sulla situazione dei nomadi nell'ottobre 2006 la Fondazione ha svolto una conferenza stampa congiunta insieme alla Commissione federale contro il razzismo (CFR) il 2 novembre 2006. La CFR e la Fondazione sono state d'accordo nel riconoscere l'esattezza dell'analisi della situazione svolta nel rapporto del Consiglio federale, tuttavia hanno criticato il fatto che il Consiglio federale si sia fermato alla constatazione della discriminazione subita dai

nomadi, senza presentare sufficienti proposte che possano migliorare in modo sostanziale tale situazione.

1.5. Collaborazione con importanti partner della Fondazione

La Fondazione lavora soprattutto con le **organizzazioni dei nomadi**, in primo luogo con la loro associazione mantello, la **Radgenossenschaft der Landstrasse**. Con essa si è sviluppata una costruttiva collaborazione basata sulla fiducia reciproca. Negli scorsi anni anche la *Radgenossenschaft* non è stata risparmiata dai tagli sui contributi effettuati dalla Confederazione e ciò ha condotto a difficoltà finanziarie. La Fondazione ha supportato energicamente la *Radgenossenschaft* nei suoi sforzi per trovare finanziamenti straordinari e ha inoltre pagato l'onorario di un fiduciario incaricato di verificare le possibilità di risparmiare sui costi.

Un altro partner importante della Fondazione è l'**Ufficio federale della cultura**, che si occupa del dossier "nomadi".

La **Commissione federale contro il razzismo** persegue nel suo settore scopi simili a quelli della Fondazione. Sin dalla sua creazione la Fondazione lavora occasionalmente con la CFR e nell'anno 2006 tale collaborazione è stata rafforzata.

Proponendo che su proprietà adatte del DPPS vengano create aree di sosta per i nomadi il Consiglio federale ha reso il **Dipartimento federale della difesa, della protezione della popolazione e dello sport** un interlocutore particolarmente importante. Da molti anni la Fondazione aveva instaurato contatti dapprima con l'Ufficio immobili presso la segreteria del Dipartimento e più tardi con armasuisse. A inizio novembre 2006 il Consigliere federale Samuel Schmid ha ricevuto per un colloquio il presidente della Fondazione insieme al Consigliere di Stato del Canton San Gallo Willi Haag, presidente della Conferenza svizzera dei direttori delle pubbliche costruzioni, della pianificazione del territorio e dell'ambiente. Essi hanno potuto esporre i motivi per cui ritengono che alcuni terreni devono essere trasferiti ai Cantoni in modo che ci sia la possibilità di realizzare aree di sosta per i nomadi. Un gruppo di lavoro costituito da rappresentanti dell'Ufficio federale della cultura, di armasuisse, dell'Ufficio federale dello sviluppo territoriale e della Fondazione "Un futuro per i nomadi svizzeri" studierà i modi e le possibilità per creare nuove aree di sosta fisse e temporanee basandosi sui lavori in corso per vendere proprietà militari inutilizzate.

2. CONSIGLIO DI FONDAZIONE

Nell'anno 2006 il Consiglio di fondazione si è riunito sei volte. I suoi membri hanno lavorato in comitati e in gruppi di lavoro ai progetti della Fondazione. Oltre ai compiti già menzionati precedentemente nel presente rapporto di gestione, il Consiglio di fondazione ha fatto elaborare un concetto per il lavoro di pubbliche relazioni che verrà terminato prossimamente. La sua realizzazione inizierà nell'anno 2007 e verrà scaglionata nel tempo in funzione delle priorità.

Nel 2006 tre membri hanno lasciato il Consiglio di fondazione: il dr. iur. Guido Sutter del SECO, Berna, rappresentante della Confederazione, si è dimesso alla fine agosto 2006 e il suo successore è il signor Martin Vinzens dell'Ufficio federale dello sviluppo territoriale, Berna. A fine dicembre 2006 si è dimesso il dr. iur. Markus Metz, Binningen BL, che è stato sostituito dal dr. iur. Max Gisler, Steinhausen/ZG. Sempre alla fine del 2006 si è dimesso il signor Patrick Vogt della *Missione dei nomadi*, Losanna; il suo successore verrà scelto prossimamente.

3. AUTORITÀ DI VIGILANZA SULLE FONDAZIONI E CONTROLLO FEDERALE DELLE FINANZE

L'attività finanziaria della Fondazione è stata sottoposta a verifica dal Controllo federale delle finanze nella sua qualità di organo di revisione della Fondazione. Il 5 marzo 2007 tale organo ha comunicato al Consiglio di fondazione che il bilancio e la contabilità sono a norma di legge e che richiederà l'approvazione del conto economico da parte del Dipartimento federale dell'interno, al quale compete la vigilanza sulle fondazioni.

4. CONTO ECONOMICO E BILANCIO 2006

Conto economico 2006

Denominazione	Costi CHF	Ricavi CHF
Contributi Confederazione		154'000.00
Interessi e utili di cambio realizzati		49'542.00
Risultato neutrale		11'614.00
Contributi	27'058.55	
Traduzioni	6'352.60	
Perizia "Nomadi e pianificazione del territorio"	42'944.35	
Onorari	80'412.30	
Gettoni di presenza e spese	32'544.00	
Contributi AVS	1'999.45	
Courtage/tassa sugli scambi, ecc.	2'875.00	
Rapporto di gestione	6'352.60	
Ufficio di revisione	4'395.05	
Ufficio contabile	5'346.15	
Informazione dell'opinione pubblica	956.85	
Spese amministrative	4'015.35	
Utile	6'220.35	
	215'156.00	215'156.00

Bilancio 2006

Denominazione	Attivi CHF	Passivi CHF
Capitale circolante	466'402.85	
Titoli	466'405.95	
Capitale di prestito a breve termine		7'400.00
Accantonamenti al fondo oscillazione cambi		45'500.00
Accantonamenti		75'000.00
Capitale della Fondazione		804'908.80
	932'808.80	932'808.80

Appendice 1

**Concetto "Aree di sosta temporanee per nomadi" del Canton San Gallo
Stato fine marzo 2007**

Nicolas Perrez, Dipartimento delle costruzioni del Canton San Gallo

Approvazione del concetto "Aree di sosta temporanee"

Nel maggio 2006 il Governo del Cantone San Gallo ha approvato il concetto "Aree di sosta temporanee per nomadi" con una conferenza stampa che ha trovato una buona eco nei media. Il concetto stabilisce la necessità di sei aree di sosta temporanee nell'intero Cantone, definisce i requisiti per l'ubicazione e regola la suddivisione dei compiti tra Cantone e Comuni per la realizzazione e la gestione delle aree di sosta.

Gruppo Progettazione

La realizzazione del concetto viene seguita da un gruppo di progettazione del Dipartimento delle costruzioni sotto la guida dell'Ufficio cantonale della pianificazione territoriale. Bruno Huber rappresenta la *Radgenossenschaft* nel gruppo di progettazione. Non appena si sia stabilita l'ubicazione per un'area di sosta se ne perseguirà la realizzazione in un processo di progettazione cooperativo che coinvolga gli abitanti e includa l'informazione trasparente della popolazione.

Ricerca di possibili ubicazioni

Nelle regioni di San Gallo e di Wil sono state valutate, in collaborazione con il gruppo di progettazione regionale, ubicazioni adeguate per le quali anche i Consigli comunali interessati hanno già garantito in linea di massima la loro approvazione. Se nel corso dell'ulteriore processo di progettazione non emergeranno grandi resistenze, le aree di sosta dovrebbero poter essere realizzate entro la fine del 2008.

Il DPSS è disposto a vendere al Cantone un terreno adatto nella regione di Rorschach, manca ancora però la definitiva approvazione da parte del Comune interessato.

Nella regione Werdenberg esiste al momento solo un'insufficiente possibilità di sosta nella piazza del mercato di Buchs. Trovando una buona soluzione nella regione di Sargans si potrebbe eventualmente coprire il fabbisogno di aree di sosta per tutte e due le regioni, Werdenberg e Sargans. Attualmente sono in discussione con un Comune diverse varianti che dovranno essere concretizzate nel quadro di futuri lavori di pianificazione del territorio.

Invece non è ancora in vista una soluzione per la regione della Linth: dopo il fallimento della ricerca per l'ubicazione di un'area di sosta in un Comune gli sforzi in tal senso verranno ora proseguiti con il gruppo di progettazione regionale.

Mandato di studio per la realizzazione delle aree di sosta temporanee

L'Ufficio edile ha impartito a diversi studi d'architettura un mandato di studio per la realizzazione delle progettate aree di sosta temporanee. Un aspetto esteriore ben concepito e un progetto territoriale appropriato dovrebbero soddisfare in modo ottimale le esigenze dei nomadi e anche contribuire alla buona accettazione delle aree di sosta da parte dell'opinione pubblica. Il progetto vincitore verrà scelto entro fine maggio 2007. La visualizzazione servirà allora come base per la procedura politica e per le trattative per l'acquisizione dei terreni nel processo di progettazione.

Appendice 2

Evoluzione e situazione attuale dell'area di sosta Buech, città di Berna

Dr. Michael Hohn, Direttore del servizio sociale della città di Berna

Le condizioni di vita e abitative dei nomadi nella città di Berna erano state per molti anni insoddisfacenti, finché si è giunti a una conclusione positiva con la delibera del Consiglio municipale dell'anno 1992, confermata dalla votazione popolare del 13 aprile 1997, in base alla quale un territorio contemplato in un piano di sistemazione era da destinare ai nomadi per crearvi un'area di sosta fissa. L'area di sosta fissa di Buech ha potuto essere inaugurata nel novembre 1998. In tal modo ha potuto essere creata una base di vita stabile per numerose famiglie di diversa origine etnica ed è stata sostenuta la cultura dei nomadi. Tuttavia, oltre a tali effetti positivi, nell'evoluzione dell'area di sosta si sono manifestati anche problemi sociali, che all'inizio erano stati sottovalutati e negli ultimi anni sono emersi in modo sempre più evidente. Per esempio nell'anno 2001 e successivamente è stata rilevata una crescente dipendenza dall'assistenza sociale. Inoltre si sono creati problemi legati alla regolare frequenza scolastica e all'esercizio dell'assistenza nei compiti scolastici per i figli dei nomadi. La sfida permanente per tutte le persone interessate era ed è quella di conciliare il collegamento dei nomadi alle loro tradizioni culturali e l'onnipresente esigenza di rispetto delle norme sociali.

Si tratta di temi che sono stati seriamente considerati dalla città di Berna, sia a livello politico che amministrativo. Allo scopo di affrontare, insieme agli abitanti di Buech, i problemi emergenti, è stato istituito un gruppo di collegamento dell'amministrazione cittadina, che si incontra a intervalli regolari. Un risultato importante emerso da tale collaborazione è stata la creazione di un comitato per l'area di sosta del quale i suoi stessi abitanti hanno assunto la responsabilità, nonché l'elaborazione di regole per l'utilizzazione dell'area come base per la vita comune. Inoltre ci si è accordati su principi di massima relativi alla frequenza scolastica dei bambini e la dipendenza dall'assistenza sociale ha potuto essere diminuita. Sarebbe desiderabile che ci si occupasse maggiormente di preparare una formazione professionale attuale per i giovani nomadi, in modo da offrire loro nuove chance e migliori prospettive professionali.

Riassumendo, si può constatare che la creazione di un'area di sosta fissa per i nomadi ha portato dei frutti. Attualmente circa 30 famiglie hanno trovato una dimora fissa sulle circa 30 piazzole dell'area di sosta. L'area dispone di strutture funzionanti ed è accettata dagli abitanti dei dintorni. La collaborazione con la città di Berna, in particolare anche il lavoro

concreto del gruppo di collegamento, ha un effetto stabilizzante sulla situazione e contribuisce ad assicurare un futuro per l'area di sosta. Resta da auspicare che il grado di autonomia nella gestione dell'area di sosta Buech aumenti ulteriormente.